

JAHRESBILANZ DER PRESSEFREIHEIT 2020

Teil 1: Inhaftierte, entführte und verschwundene Journalistinnen und Journalisten

ZUSAMMENFASSUNG

Zum Jahresende 2020 sitzen weltweit mindestens 387 Journalistinnen, Journalisten und andere Medienschaffende im Gefängnis. Fünf Länder sind für mehr als die Hälfte dieser Fälle verantwortlich: China (117 Inhaftierte), Saudi-Arabien (34), Ägypten (30), Vietnam (28) und Syrien (27).

Mehr als 130 Medienschaffende wurden seit dem Frühjahr in allen Teilen der Welt wegen ihrer Berichterstattung zur Corona-Krise verhaftet. Aktuell sind noch 14 von ihnen im Gefängnis.

Besonders gravierend war die Entwicklung zuletzt in Belarus. Seit der umstrittenen Präsidentenwahl wurden dort mindestens 370 Journalistinnen und Journalisten festgenommen, wenn auch in den meisten Fällen höchstens für kurze Arreststrafen.

42 der derzeit inhaftierten Medienschaffenden weltweit (11 Prozent) sind Frauen. Das sind 35 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Einige schwer kranke Häftlinge, zum Beispiel in China und Saudi-Arabien, werden so unzureichend ärztlich versorgt, dass ihr Leben in Gefahr ist. Dies gilt umso mehr angesichts der zusätzlichen Gesundheitsgefahren durch die Covid-19-Pandemie, die auch in vielen Gefängnissen grassiert – darunter in der Haftanstalt, in der Großbritannien Wikileaks-Gründer Julian Assange festhält. Fünf Journalisten drohte zum Stichtag 1. Dezember 2020 die Vollstreckung ihrer Todesstrafen – einem im Iran und vier in der Gewalt von Rebellen im Jemen. Wie akut die Bedrohung ist, zeigt der Fall von Ruhollah Sam, der am 12. Dezember im Iran hingerichtet wurde.

54 Medienschaffende in drei Ländern – Syrien, Irak und Jemen – gelten derzeit als entführt. Von einigen davon gibt es seit vielen Jahren kein Lebenszeichen.

Drei Journalisten und eine Journalistin sind 2020 unter ungeklärten Umständen verschwunden: jeweils einer im Irak, in der Demokratischen Republik Kongo und in Mosambik sowie eine Reporterin in Peru.



	DIE ZAHLEN AUF EINEN BLICK	4
	WIE WIR DIESE ZAHLEN ERMITTELN	5
1	MEDIENSCHAFFENDE IM GEFÄNGNIS	6
	Die Zahlen	6
	Die fünf Länder mit den meisten inhaftierten Journalistinnen und Journalisten Repression im Zeichen der Covid-19-Pandemie	8 10
	Symbolträchtige Verhaftungen	15
	Inhaftierte in Lebensgefahr	16
2	ENTFÜHRTE MEDIENSCHAFFENDE	17
	Die Zahlen	17
	Entführungen nach Ländern	18
	Wenige Freilassungen, ergebnislose Verhandlungen	19
3	VERSCHWUNDENE MEDIENSCHAFFENDE	21

ÜBER REPORTER OHNE GRENZEN:

Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalistinnen, Journalisten sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit und einen besseren Schutz von Medienschaffenden ein. Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz und den Export von Überwachungstechnik sowie gegen restriktive Mediengesetze. Ein dicht geknüpftes globales Netz für schnelle Information und Reaktion entsteht durch die mehr als 130 Korrespondentinnen und Korrespondenten. Unser Nothilfereferat unterstützt verfolgte Journalistinnen, Journalisten und ihre Familien.



DIE ZAHLEN AUF EINEN BLICK



Die Zahlen beziehen sich auf den Stichtag 1. Dezember 2020.



WIE WIR DIESE ZAHLEN ERMITTELN

Im ersten Teil der Jahresbilanz dokumentiert Reporter ohne Grenzen, wie viele Medienschaffende zum Ende dieses Jahres wegen ihrer Arbeit im Gefängnis sitzen, entführt wurden oder verschwunden sind. Das betrifft neben professionellen Journalistinnen und Journalisten auch Fälle von Medienmitarbeitenden wie Kamerafrauen oder Tontechnikern sowie von Bürgerjournalistinnen und -journalisten, die gerade in Ländern mit autoritären Regimen und in Kriegsländern eine immer wichtigere Rolle bei der Recherche und Verbreitung politisch relevanter Nachrichten und Informationen spielen. Die verschiedenen Kategorien von Medienschaffenden werden, soweit möglich, separat aufgeschlüsselt, um die Vergleichbarkeit mit früheren Jahresbilanzen der Pressefreiheit zu gewährleisten.

Reporter ohne Grenzen veröffentlicht die Jahresbilanz der Pressefreiheit seit 1995. Sie berücksichtigt nur Fälle, in denen Reporter ohne Grenzen nach sorgfältiger Prüfung davon überzeugt ist, dass die Genannten in direktem Zusammenhang mit ihrer journalistischen Tätigkeit Opfer von Gewalt, Angriffen oder Unterdrückung geworden sind. War ein solcher Zusammenhang nicht eindeutig feststellbar oder ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen, wurden die Fälle nicht gezählt. Dies führt mitunter – etwa im Fall der Türkei – zu niedrigeren Zahlen, als sie an anderer Stelle genannt werden. Reporter ohne Grenzen zieht dabei im Zweifelsfall belastbare Zahlen höheren, aber womöglich unsicheren Angaben vor.

Alle aktuellen Zahlen sind Momentaufnahmen zum Stichtag 1. Dezember 2020.



Die Zahlen





Die Zahl der inhaftierten Journalistinnen und Journalisten befindet sich weiter auf einem hohen Niveau. Weltweit waren Anfang Dezember 2020 insgesamt 387 Medienschaffende in Zusammenhang mit ihrer journalistischen Tätigkeit inhaftiert. Zum gleichen Stichtag im Vorjahr waren es 389. 2019 war die Zahl um 12 Prozent gestiegen. Insgesamt stieg die Zahl der inhaftierten Medienschaffenden (professionelle Journalistinnen und Journalisten sowie Bürgerjournalistinnen und -journalisten) in den vergangenen fünf Jahren um 17 Prozent (von 328 im Jahr 2015).

Die Zahl der inhaftierten Journalistinnen ist um 35 Prozent gestiegen. Derzeit sitzen 42 Journalistinnen im Gefängnis, im Vergleich zu 31 noch vor einem Jahr. Frauen machen nun 11 Prozent der inhaftierten Medienschaffenden aus, im vergangenen Jahr waren es 8 Prozent.

Zwar wurden 2020 einige bekannte Journalistinnen aus dem Gefängnis entlassen. Ein Beispiel ist die iranische Menschenrechtsverteidigerin **Narges Mohammadi** (freigelassen Anfang Oktober). Jedoch kamen in diesem Jahr 17 neue Fälle von Journalistinnen hinzu, die Anfang Dezember noch immer inhaftiert waren: vier in Belarus, wo die Behörden seit der umstrittenen Präsidentenwahl im August in beispiellosem Ausmaß gegen Medienschaffende vorgehen, vier im Iran und zwei in China (beides Länder, in denen die Repression mit der Coronavirus-Krise zugenommen hat), drei in Ägypten, zwei in Kambodscha und jeweils eine Journalistin in Vietnam und Guatemala.

Im Laufe des Jahres wurden zahlreiche Journalistinnen und Journalisten im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung über die Covid-19-Pandemie inhaftiert. **Von denen, die aus diesem Grund festgenommen wurden, sitzen 14 immer noch im Gefängnis** – obwohl es immer wieder Aufforderungen gab, politische Gefangene und somit auch Medienschaffende freizulassen um zu verhindern, dass sie sich in überfüllten Gefängniszellen mit dem Virus anstecken.



Die fünf Länder mit den meisten inhaftierten Journalistinnen und Journalisten



Mehr als die Hälfte aller inhaftierten Journalistinnen und Journalisten weltweit (61 Prozent) sitzen in den Gefängnissen von nur fünf Ländern. Dies sind im zweiten Jahr in Folge China, Ägypten, Saudi-Arabien, Vietnam und Syrien.

China bleibt mit 117 Inhaftierten das Land, in dem weltweit die meisten Medienschaffenden im Gefängnis sitzen. Fast ein Drittel (45) sind Bürgerjournalistinnen und -journalisten. Das Regime verfolgt nicht nur chinesische Medienschaffende. Seit dem 14. August 2020 wird die in China geborene australische Journalistin **Cheng Lei** ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. **Gui Minhai**, ein in China geborener schwedischer Verleger, der in Hongkong lebte und dort Bücher auf Basis investigativer Recherchen veröffentlichte, wurde 2015 während einer Reise nach Thailand entführt und nach China gebracht. Dort verurteilte ihn ein Gericht im Februar 2020 wegen »illegaler Weitergabe von Geheimdienstinformationen ans Ausland« zu zehn Jahren Haft.

Drei der fünf Länder mit den meisten inhaftierten Journalistinnen und Journalisten liegen im Nahen Osten. In Saudi-Arabien sitzen derzeit <u>34 Medienschaffende im Gefängnis</u>. Manche von ihnen werden schon seit 2012 festgehalten. Sie werden meist in völlig intransparenten Verfahren abgeurteilt. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie wurden ihre Prozesse allesamt ausgesetzt.

In Ägypten sitzen viele Journalistinnen und Journalisten seit einer Verhaftungswelle im September 2019 immer noch im Gefängnis. Seitdem wurden weitere verhaftet, stets unter den Vorwürfen der »Mitgliedschaft in einer Terrorgruppe« und der »Verbreitung falscher Nachrichten«. Zu ihnen gehören **Hani Grischa** und **Sajed Schehta** von der Zeitung *Youm 7* sowie **Schimaa Sami** und **Islam al-Kalhi** vom unabhängigen Nachrichtenportal *Darab*.



Die Liste der in Syrien Inhaftierten geht weitgehend auf die ersten Jahre des Bürgerkriegs nach den Massenprotesten von 2011 zurück. Die Familien der meisten Häftlinge wissen seit Jahren nichts über deren Schicksal. Wenn sie überhaupt Nachricht erhalten, dann meist über ihren Tod. Die Ex-Frau des 2012 festgenommenen **Dschehad Dschamal** zum Beispiel erhielt Anfang 2020 einen Totenschein, demzufolge der Blogger schon 2016 starb, vermutlich unter Folter. Eine Todesursache nennt das Dokument nicht.

In Vietnam sitzen sieben professionelle Journalistinnen und Journalisten sowie 21 Bloggerinnen und Blogger im Gefängnis. Hier kam es im Mai und Juni, wahrscheinlich aufgrund des anstehenden Kongresses der Kommunistischen Partei im Januar 2021, zu einer neuen Verhaftungswelle. Mehrere Mitglieder der Unabhängigen Journalistenvereinigung Vietnams (IJAVN) wurden inhaftiert, darunter ihr Präsident, **Pham Chi Dung**. Die Festnahme der Journalistin **Pham Doan Trang**, die 2019 den RSF Press Freedom Award für besonders wirkungsvollen Journalismus gewonnen hat, bestätigt diese Entwicklung.

Belarus: Ein »wahrer Krieg« gegen unabhängige Stimmen

Seit der umstrittenen Präsidentenwahl am 9. August wurden in Belarus mindestens 370 Medienschaffende festgenommen – an manchen Wochenenden mehrere Dutzend. Viele wurden zu Arreststrafen verurteilt, acht Reporterinnen und Reporter saßen Anfang Dezember im Gefängnis. Die Dauer der verhängten Arreststrafen belief sich zu diesem Zeitpunkt auf insgesamt mehr als 880 Tage. Oft gingen die Sicherheitskräfte mit brutaler Gewalt vor, aus Gefängnissen wurde über Folter und Misshandlungen berichtet.

Unabhängige Medien sind Staatschef Alexander Lukaschenko seit Langem ein Dorn im Auge, doch seit Beginn der Massenproteste geht das Regime noch schärfer gegen unabhängige Medienschaffende vor. Während der Demonstrationen wurde das Internet oft großflächig gesperrt. Ende September verlor das

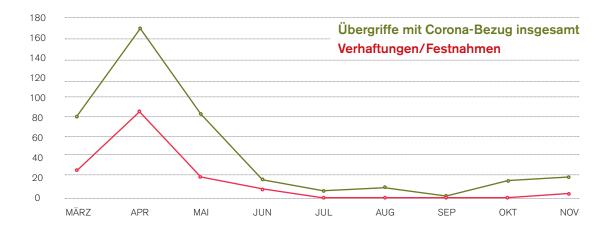
reichweitenstärkste belarusische Nachrichtenportal tut.by seine <u>Lizenz</u>. Gegen mehrere Medienschaffende wurden <u>Strafverfahren</u> eröffnet, unter anderem gegen den Chefredakteur der Zeitung Nascha Niwa, **Jahor Marzinowitsch**, und die Belsat-Journalistin **Kazjaryna Andrejewa**. Kolleginnen und Kollegen beschrieben einen <u>wahren Krieg des Regimes«</u> gegen kritische Stimmen.

In Schwierigkeiten gerieten auch Reporterinnen und Reporter, die für ausländische Medien arbeiten. Bereits seit dem Frühjahr erhielten sie nur noch in Ausnahmefällen gültige Arbeitspapiere. Ende August entzog das Außenministerium mehreren *ARD*-Mitarbeitern, darunter RSF-Korrespondent **Ilja Kusnezow**, die <u>Akkreditierung</u>. Anfang Oktober wurden die Akkreditierungen sämtlicher ausländischer Korrespondentinnen und Korrespondenten <u>für ungültig erklärt</u>.



Repression im Zeichen der Covid-19-Pandemie

Die von RSF gesammelten <u>Daten zu Verletzungen der Pressefreiheit</u> infolge der <u>Covid-19-Pandemie</u> erheben zwar keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dennoch zeigen sie einen **deutlichen Anstieg im Frühjahr** 2020, als sich die Pandemie weltweit auszubreiten begann. Zwischen dem 1. Februar und dem 30. November zählte RSF in direktem Zusammenhang mit journalistischer Berichterstattung zur Pandemie mehr als 300 Vorfälle mit fast 450 betroffenen Medienschaffenden. **Willkürliche Verhaftungen machten allein 35 Prozent davon aus**, tätliche oder psychische Gewalt weitere 30 Prozent.



In vielen Teilen der Welt führten Notstandsmaßnahmen neben Ausgangs- auch zu faktischen Nachrichtensperren und oft zu Verhaftungen von Medienschaffenden. In Indien zum Beispiel leitete die Justiz Ermittlungen gegen mindestens 48 Journalistinnen und Journalisten ein. 15 von ihnen verbrachten zwischen einer Woche und vier Wochen im Gefängnis, bevor sie auf Kaution freikamen.

Seit dem Beginn des Herbstes und der zweiten Pandemie-Welle steigt besonders in Europa die Zahl der Vorfälle erneut, wenn auch nicht so stark wie im Frühjahr. Diesmal handelt es sich vor allem um <u>Gewalt und Übergriffe zum Beispiel bei Demonstrationen</u> in Deutschland und Italien. In jedem Fall hat die Repression während der ersten Corona-Welle im Frühjahr ihre Spuren in den Zahlen inhaftierter Medienschaffender hinterlassen: In Asien, dem Nahen Osten und Afrika sitzen **immer noch 14 Medienschaffende im Gefängnis**, die in diesem Zusammenhang verhaftet wurden.



Asien

Zensur, Festnahmen und lange Haftstrafen

Die meisten der wegen ihrer Berichterstattung über das Coronavirus inhaftierten Medienschaffenden sitzen in Asien im Gefängnis (10). Der Kontinent zählt die meisten Verletzungen der Pressefreiheit im Zusammenhang mit der Pandemie.



Zhang Zhan

In China wurde Kritik am Krisenmanagement der Regierung in sozialen Medien stark zensiert. Mindestens sieben Medienschaffende, Whistleblower oder einflussreiche politische Kommentatoren, die in Zusammenhang mit der Verbreitung von Informationen über die Pandemie festgenommen wurden, sitzen noch in Haft. Unter ihnen sind die Bürgerjournalisten **Cai Wei** (禁伟) und **Chen Mei** (陈玫). Ihnen wird vorgeworfen, einen »Streit angefangen und Ärger provoziert« zu haben, nachdem sie dabei halfen, zensierte Onlineartikel und Interviews über Covid-19-Themen auf der Open-Source-Plattform Github erneut zu veröffentlichen. Wegen des gleichen Vorwurfs wurde die Anwältin und Bürgerjournalistin **Zhang Zhan** (張展) festgenommen, nachdem sie Anfang Februar auf Twitter und live auf Youtube aus Wuhan berichtet hatte. Sie sitzt bis zum Prozessbeginn in Shanghai im Gefängnis. Dort ist sie in einen Hungerstreik getreten, weil sie gezwungen wurde, ihre vermeintliche Schuld einzugestehen.



Ren Zhiqiang

Im Falle eines Gerichtsverfahrens können die Urteile extrem hart ausfallen. Im September wurde **Ren Zhiqiang** (任志強), politischer Kommentator und Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas, wegen angeblicher Bestechung und Missbrauchs öffentlicher Gelder zu 18 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 4,2 Millionen Yuan (535,000 Euro) verurteilt. Er war Mitte März verschwunden, nachdem er Versäumnisse im Krisenmanagement der Regierung kritisiert hatte.

Einschränkungen der Pressefreiheit während der Pandemie haben auch in Myanmar zugenommen. Dort wurde der Chefredakteur der Online-Nachrichtenagentur *Dae Pyaw*, **Zaw Ye Htet**, am 20. Mai <u>zu zwei Jahren Haft verurteilt</u>. Er war fünf Wochen zuvor festgenommen worden, nachdem er einen Bericht über eine Person veröffentlicht hatte, die am Coronavirus gestorben war.

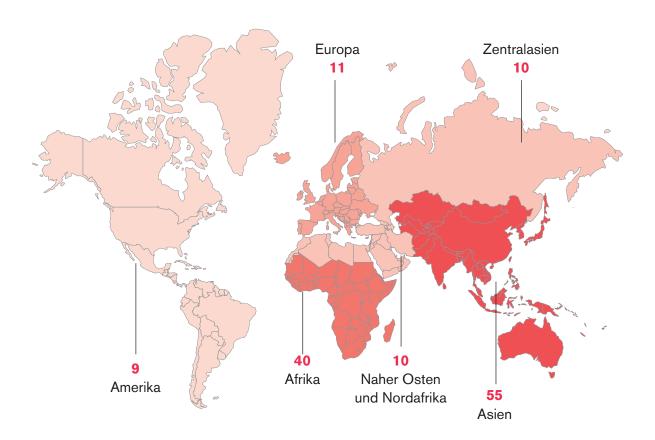




Mushtaq Ahmed
© New Age Photo

In Bangladesch sitzen der <u>bekannte Karikaturist</u> **Ahmed Kabir Kishore** und der <u>Autor und Blogger</u> **Mushtaq Ahmed** seit Mai in Untersuchungshaft. Sie wurden zusammen mit weiteren bekannten Persönlichkeiten festgenommen, weil sie <u>*auf Facebook Gerüchte und Falschinformationen über die Coronavirus-Situation verbreitet« haben sollen. Mushtaq Ahmed hatte einen Artikel über den Mangel an Schutzkleidung für Ärztinnen und Ärzte <u>veröffentlicht</u>, während Kishore die Anfertigung einer <u>Cartoonreihe</u> über Politik während der Krise mit dem Titel <u>*Das Leben in Zeiten von Corona« vorgeworfen wird.</u></u>

Verhaftungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie nach Weltregionen





Naher Osten

Kein Raum für Kritik am Umgang mit der Pandemie

Im Nahen Osten haben mehrere Regierungen die Corona-Krise genutzt, um ihre Kontrolle über Berichterstattung und Medien weiter auszubauen. Drei Medienschaffende saßen hier Anfang Dezember noch wegen Artikeln zur Pandemie im Gefängnis.

> In Jordanien sitzt der aus Bangladesch stammende, in Amman lebende Journalist Salim Akash seit dem 14. April in Haft. Er hatte zur Situation von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Bangladesch recherchiert, die wegen einer Ausgangssperre nicht mehr arbeiten konnten und von den Behörden ihrem Schicksal überlassen wurden. Zu den Vorwürfen gegen ihn hat man ihm nur gesagt, er habe »gegen ein wichtiges Gesetz verstoßen«.



Roghie (Aschraf) Nafari

Im Iran drangsalieren die Behörden Medienschaffende, die versuchen, über das wahre Ausmaß der Pandemie zu berichten. Hamid Haghju, der den Telegram-Kanal der Nachrichtenagentur ILNA koordinierte, sitzt seit April im Gefängnis, weil er eine Karikatur über iranische Geistliche veröffentlichte, die gegen Covid-19 traditionelle Heilmittel empfahlen. Die Studentin und Bürgerjournalistin Roghie (Aschraf) Nafari wird wegen kritischer Tweets zum Handeln der Regierung in der Coronakrise weiterhin festgehalten.

Afrika

Zahl der Festnahmen binnen drei Monaten verdreifacht

Subsahara-Afrika wurde von der Corona-Pandemie später getroffen als Asien und Europa. Nachdem jedoch auch dort die Zahl der Corona-Infektionen kontinuierlich stieg, nahmen auch die Angriffe auf die Pressefreiheit zu. Laut einer RSF-Erhebung zusammen mit Cartooning for Peace wurden im Zeitraum 15. März bis 15. Mai 2020 dreimal so viele Journalistinnen und Journalisten verhaftet wie im Vorjahreszeitraum. 40 Medienschaffende wurden zwischen Anfang März und Ende November nachweislich wegen ihrer Berichterstattung über die Covid-19-Pandemie festgenommen.

Einer von ihnen war der bekannte simbabwische Investigativreporter **Hopewell Chin'ono**. Er hatte zum Kauf überteuerter Covid-19-Medikamente durch die Regierung recherchiert. Nach seiner Festnahme im Juli saß er anderthalb Monate im Gefängnis.

Noch immer in Haft befindet sich der ruandische Journalist **Dieudonné Niyonsenga**. Angeblich hat er die Corona-Vorschriften des Landes missachtet. Der Direktor des ruandischen Online-Fernsehsenders Ishema war im April festgenommen worden. Er hatte über die Auswirkungen der staatlichen Regelungen auf das öffentliche Leben berichtet sowie über Vorwürfe, dass Soldaten bei der Durchsetzung von Ausgangssperren Vergewaltigungen begangen haben sollen.



Lateinamerika

Verschärfte Verfolgung unabhängiger Medienschaffender

Zum Redaktionsschluss dieser Jahresbilanz waren in den folgenden Teilen der Welt keine Journalistinnen und Journalisten mehr in Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung über die Corona-Krise inhaftiert, auch nicht in Mittel- und Südamerika. Die Arbeitsbedingungen für Medienschaffende in dieser Region haben sich jedoch seit Beginn der Pandemie deutlich verschlechtert. Körperliche und verbale Attacken nehmen ebenso zu wie Hetzkampagnen und willkürliche Strafverfolgung. Für die autoritären Regierungen in Venezuela, Honduras, Nicaragua und Kuba war die Krise eine willkommene Gelegenheit, unabhängige und regierungskritische Journalistinnen und Journalisten noch härter zu verfolgen als zuvor. Viele Medienschaffende in diesen Ländern, die über die Ausbreitung des Virus berichtet oder den Umgang der jeweiligen Regierung mit der Krise in Frage gestellt haben, wurden willkürlich festgenommen und verhört. Zu ihnen gehört der venezolanische freiberufliche Journalist **Darvinson Rojas**, einer der RSF-»Helden der Informationsfreiheit« in der Corona-Krise. Er war zwölf Tage inhaftiert, weil er in einem Tweet die Zuverlässigkeit der offiziellen Zahlen seiner Regierung über die Pandemie angezweifelt hatte.

Europa und Zentralasien

Pandemie als Vorwand um Pressefreiheit einzuschränken

Zahlreiche Regierungen in Osteuropa und Zentralasien nutzten die Corona-Pandemie, um Pressefreiheit weiter einzuschränken. In vielen Ländern wurden Gesetze erlassen, die die Verbreitung angeblicher »Fake News« verbieten – wobei selten genau definiert wurde, was darunter fällt. Solche Gesetze oder die angebliche Verletzung von Abstandsregeln dienten Behörden als Vorwand, um unabhängige Reporterinnen und Reporter festzunehmen und kritische Medien zu verfolgen, etwa in Aserbaidschan, Kasachstan oder Tadschikistan. In Russland wurde die RFE/RL-Reporterin Tatjana Woltskaja wegen der angeblichen Verbreitung von »Fake News« angeklagt, nachdem sie ein Interview mit einem namentlich nicht genannten Arzt geführt hatte, der über fehlende Beatmungsgeräte in Krankenhäusern berichtete. In Belarus wurde im März der bekannte Investigativ-Journalist Sjargej Sazuk festgenommen, nachdem er in einem Text den Umgang von Staatschef Alexander Lukaschenko mit der Corona-Pandemie kritisiert hatte. Zehn Tage später wurde Sazuk unter Auflagen wieder freigelassen, ist jedoch nach wie vor von einem Strafverfahren und zehn Jahren Haft bedroht.

Auch in der EU und auf dem Balkan haben Behörden die Corona-Pandemie genutzt, um die Arbeit unabhängiger Medien einzuschränken – sei es mithilfe neuer Gesetze wie in <u>Ungarn</u> oder indem Journalistinnen und Journalisten festgenommen wurden wie in <u>Serbien</u>, <u>Kosovo</u>, <u>Polen</u> oder auf der Karibik-Insel <u>Aruba</u>, die zu den Niederlanden gehört.



Symbolträchtige Verhaftungen



Einer der markantesten Fälle des Jahres 2020 ist der von **Khaled Drareni**, Algerien-Korrespondent von RSF und dem französischen Fernsehsender *TV5 Monde* sowie Chefredakteur des algerischen Nachrichtenportals *Casbah Tribune*. Vor allem aufgrund von zwei seiner Beiträge in den sozialen Medien wurde er im März festgenommen und im September in einem Berufungsverfahren <u>zu zwei Jahren Haft verurteilt</u>. Wegen seiner Berichte über die »Hirak«-Proteste für politische Reformen war Drareni schon seit 2019 Ziel von Schikanen und Bestechungsversuchen. Durch seine Integrität und durch die staatliche Verfolgung ist er zu einem Symbol der Pressefreiheit in Algerien geworden und erhält teils prominente <u>Unterstützung in Algerien und aus dem Ausland</u>.



Omar Radi

In Marokko sind 2020 die Justizschikanen gegen den Investigativjournalisten **Omar Radi** eskaliert, der seit mehr als zehn Jahren zu heiklen Themen recherchiert und Mitbegründer des Nachrichtenportals *Le Desk* ist. Ende Juni berichteten internationale Medien über einen aufwändigen Hackerangriff auf Radis Smartphone mit Hilfe von <u>Überwachungstechnik</u>, die nur an staatliche Stellen verkauft wird. 48 Stunden später wurde der Journalist zum ersten von vielen Verhören einbestellt. Seit dem 29. Juli sitzt er wegen klar politisch motivierter Spionage- und Vergewaltigungsvorwürfe in Haft.



Pham Doan Trang

Eine der prominentesten politischen Gefangenen dieses Jahres ist die vietnamesische Journalistin **Pham Doan Trang**, die 2019 von RSF mit einem <u>Press Freedom Award</u> ausgezeichnet wurde. Sie wurde am 6. Oktober <u>wegen »Propaganda gegen den Staat« verhaftet</u>. Als Gründerin des Online-Magazins <u>Luât Khoa</u> und Redakteurin bei <u>The Vietnamese</u> schreibt Pham Doan Trang über juristische Themen und hilft den Menschen in Vietnam so, für ihre Rechte einzutreten und sich der Willkürherrschaft der Kommunistischen Partei zu widersetzen. Einen Monat vor ihrer Verhaftung hatte sie eine <u>Recherche zum Massaker in dem Dorf Dong Tam</u> nahe Hanoi veröffentlicht, wo die Polizei am 9. Januar mit einer <u>brutalen Räumung</u> versucht hatte, den örtlichen Widerstand gegen Landenteignungen zu brechen. In einem Brief, den sie zur Veröffentlichung im Fall ihrer Verhaftung vorbereitet hatte, betont die Journalistin, sie wolle keine Freiheit nur für sich, sondern »etwas Größeres – Freiheit für Vietnam«.

Inhaftierte in Lebensgefahr

Was über drei weitere Träger von RSF-Preisen zu hören ist, ist äußerst besorgniserregend. Huang Qi (Press Freedom Award 2004) ist Gründer der Menschenrechts-Webseite 64 Tianwang (Press Fredom Award 2016). Der heute 57-Jährige wurde 2019 in China zu zwölf Jahren Haft verurteilt und hat ernsthafte gesundheitliche Probleme. Der Blogger Raif Badawi (Netizen-Preis 2014) ist seit nunmehr acht Jahren in Saudi-Arabien inhaftiert. Schon mehrfach ist er in den Hungerstreik getreten, um gegen seine Haftbedingungen zu demonstrieren. Über seinen aktuellen Zustand gibt es nur lückenhafte Informationen. Auch der iranische Fotograf Soheil Arabi (Bürgerjournalist 2017) protestierte mit einem Hungerstreik gegen seine Haftbedingungen. Er war 2015 zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Aktuell befindet er sich laut seiner Mutter in Isolationshaft. Arabis Mutter wurde im Oktober selbst unter anderem wegen Anti-Regierungs-Propaganda zu 18 Monaten Haft verurteilt. Sie hat Berufung eingelegt.

Die iranischen Behörden verurteilten zudem am 30. Juni **Ruhollah Sam**, Redakteur der Webseite *AmadNews* und Betreiber des gleichnamigen Telegram-Kanals, zum Tode. Der bekannte Regierungskritiker ist wegen seiner Kontakte zu ausländischen Geheimdiensten eine umstrittene Figur. Er hatte mehrere Jahre im selbstgewählten Exil in Frankreich gelebt. Auf einer Reise in den Irak im Oktober 2019 wurde er von den Revolutionsgarden entführt und in den Iran verschleppt. Dort wurde er in einem unfairen Verfahren in 13 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Zum Stichtag 1. Dezember drohte ihm die Vollstreckung der Todesstrafe. <u>Am 12. Dezember wurde er hingerichtet</u>.

Die Haftbedingungen von Wikileaks-Gründer Julian Assange im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Großbritannien haben sich in der Pandemie deutlich verschlechtert. Assange wartet in der Haftanstalt auf die Entscheidung im Verfahren um seine Auslieferung an die USA. In den vergangenen Monaten hat er an mehreren Gerichtsterminen nicht teilgenommen, weil das gesundheitliche Risiko, dafür in den Videokonferenzraum von Belmarsh gebracht zu werden, zu groß war. Wegen eines größeren Corona-Ausbruchs in seinem Gefängnistrakt kam Assange im November in De-Facto-Isolationshaft. Das Infektionsrisiko und die Folgen der Isolation stellen angesichts der äußerst angegriffenen psychischen und körperlichen Gesundheit Assanges ein lebensbedrohliches Risiko für ihn dar.



Dawit Isaak

Das Schicksal von **Dawit Isaak**, dem weltweit am längsten inhaftierten Journalisten, ist weiterhin völlig ungewiss. Der eritreische Journalist, der auch die schwedische Staatsangehörigkeit hat, wurde im Jahr 2001 in Eritrea festgenommen und ist nunmehr seit über 7.000 Tagen dort in Haft. Seit seiner Verhaftung wird er ohne offizielle Anklage und ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Seine Familie erhielt 2005 das letzte Lebenszeichen von ihm. Im Oktober 2020 erstattete RSF Anzeige bei der schwedischen Staatsanwaltschaft für internationale Verbrechen gegen den eritreischen Präsidenten Isaias Afwerki und sieben weitere hochrangige Beamte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Zahlen







Diese Gruppen halten die meisten Medienschaffenden als Geiseln



Weltweit sind derzeit mindestens 54 Journalistinnen und Journalisten entführt, fünf Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Fälle sind auf drei Länder konzentriert: Syrien, Jemen und Irak.

Entführt: RSF betrachtet Journalistinnen oder Journalisten als entführt, wenn sie von nichtstaatlichen Akteuren festgehalten werden, die damit drohen, sie zu töten, zu verletzen oder weiter gefangen zu halten, um eine dritte Partei (eine Regierung, Organisation oder Gruppe) zur Erfüllung bestimmter Forderungen zu zwingen. Entführungen können politische oder wirtschaftliche Motive (Lösegeld) haben oder beides zugleich.



Wenige Freilassungen, ergebnislose Verhandlungen

Nach zweieinhalb Jahren Gefangenschaft in der abtrünnigen »Volksrepublik Donezk« kam der ukrainische Journalist **Stanislaw Asejew** am 29. Dezember 2019 im Zuge eines größeren Gefangenenaustauschs mit der Regierung der Ukraine frei. Damit sind derzeit nur noch in Syrien, im Irak und im Jemen Journalistinnen und Journalisten entführt.

Ebenfalls bei einem Gefangenenaustausch kamen im Jemen in diesem Jahr <u>fünf entführte Journalisten frei</u>. Sieben sind weiterhin in der Gewalt der Huthi-Rebellen. Vier von ihnen wurden im April 2020 – <u>fast fünf Jahre nach ihrer Verschleppung</u> – von einem »Gericht« der Rebellen unter dem Vorwurf der Spionage für Saudi-Arabien <u>zum Tode verurteilt</u>: **Abdul Chalek Amran, Akram al-Walidi, Hareth Humaid** und **Taufik al-Mansur**. Sie hatten in Landesteilen unter der Kontrolle der international anerkannten Regierung für Medien gearbeitet, die der mitregierenden Islah-Partei nahestehen. Ihre Todesstrafen könnten jederzeit vollstreckt werden.



Abdul Chalek Amran



Akram al-Walidi



Hareth Humaid



Taufik al-Mansur

Im Irak und in Syrien gehen die meisten Entführungen auf die Jahre 2014 und 2015 zurück, in denen die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat weite Teile beider Länder kontrollierte. Obwohl die jeweiligen Regierungen den Großteil dieser Gebiete längst zurückerobert haben, bleibt das Schicksal der meisten Entführten völlig unklar. Einzig der südafrikanische Fotojournalist **Shiraaz Mohamed** kam im Dezember 2019 frei – fast drei Jahre nach seiner Entführung nahe Idlib im Nordosten Syriens. Nach Angaben einer südafrikanischen Nichtregierungsorganisation, in deren Auftrag er zum Zeitpunkt seiner Entführung unterwegs war, gelang ihm die Flucht und anschließend mit Hilfe von Menschen vor Ort die Ausreise in die Türkei. Wer Mohamed entführt hatte, bleibt ungeklärt, wenngleich oft über eine Beteiligung der Dschihadistengruppe Hajat Tahrir al-Scham (HTS) spekuliert wurde, die die Region Idlib kontrolliert.

Derselben Gruppe – dem Nachfolger des einstigen Al-Kaida-Ablegers Al-Nusra-Front – wird auch eine neue Entführung zugeschrieben: Der US-Bürger **Bilal Abdul Kareem** wird seit dem 13. August 2020 <u>an unbekanntem Ort festgehalten</u>. Er berichtete in einem eigenen Kanal namens *On the Ground News* auf Facebook, Twitter und Telegram aus der Region Idlib. Abdul Kareem lebt seit 2012 in Syrien und machte kein Geheimnis aus seinem guten Verhältnis zu HTS. Dies änderte sich erst, nachdem er in einem Interview mit der Frau eines mutmaßlich von der Gruppe entführten humanitären Helfers Foltervorwürfe ansprach.





Austin Tice

Ebenfalls in Syrien gab es in diesem Jahr einen neuen Versuch, Klarheit über das Schicksal des US-Journalisten **Austin Tice** zu bekommen. Der freie Reporter war im August 2012 an einem Kontrollpunkt nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus gefangen genommen worden. Einen Monat später tauchte er in einem Video auf, in dem nicht erkennbar ist, in wessen Gewalt er sich befand. Seitdem wurde er nicht mehr gesehen. Ende Oktober 2020 bestätigte US-Außenminister Mike Pompeo Medienberichte, dass sich ein Vertreter der US-Regierung in Damaskus <u>im direkten Gespräch mit syrischen Regierungsstellen</u> um die Freilassung des Journalisten bemüht habe. Allerdings habe sich die syrische Seite geweigert, Angaben zum Schicksal von Tice zu machen. Dennoch hat der Verhandlungsversuch mit dem Regime von Baschar al-Assad die Hoffnung wiederbelebt, dass Tice noch am Leben sein und in einem syrischen Gefängnis sitzen könnte.



VERSCHWUNDENE MEDIENSCHAFFENDE

2020 sind vier Medienschaffende verschwunden. Sie stammen aus dem Nahen Osten, Subsahara-Afrika und Lateinamerika. Im vergangenen Jahr gab es keinen einzigen derartigen Fall.

Als verschwunden zählt Reporter ohne Grenzen Journalistinnen und Journalisten, wenn es weder hinreichende Belege noch eine glaubwürdige Bekennererklärung für ihren Tod oder für eine Entführung gibt.



Tawfik Al-Tamimi

Tawfik Al-Tamimi, Herausgeber der Zeitung *Al-Sabah*, wurde am 9. März in der irakischen Hauptstadt Bagdad entführt, als er gerade auf dem Weg zur Arbeit war. Niemand bekannte sich zu seiner Entführung, und es wurde auch kein Lösegeld gefordert. Nur kurz vor seinem Verschwinden hatte er auf Facebook seine Sorge geteilt, ihm könne Ähnliches widerfahren wie einem kurz zuvor gekidnappten Verleger. Der irakische Premierminister Mustafa Al-Kadhimi versprach, die Behörden würden alles tun, um den Fall aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dennoch hat Tamimis Familie seit neun Monaten nichts mehr über den Verbleib des Journalisten erfahren.



Bwira Bwalitse

Bwira Bwalitse, Geschäftsführer des lokalen Radiosenders *Bakumbule* in der Provinz Nord-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo ist seit dem 16. Juni verschollen. Er war auf dem Weg in den Radiosender, als ihn Bewaffnete entführten. Sie benutzten sein Mobiltelefon und forderten umgerechnet rund 4.000 Euro Lösegeld; eine Summe, die seine Familie nicht aufbringen konnte. Drei Tage später hieß es von den Entführern, dass Bwalitse tot sei. Alle Versuche, weiteren Kontakt zu den Entführern aufzunehmen, scheiterten. Obwohl sich RSF und die Partnerorganisation *Journaliste en Danger (JED)* intensiv um Aufklärung bemüht und <u>in einem Brief</u> an den Provinzgouverneur appelliert haben, eine großangelegte Suche zu starten, bleibt das Schicksal des Radiojournalisten ungeklärt.



Daysi Lizeth Mina Huamán © DR

Daysi Lizeth Mina Huamán, Reporterin bei dem regionalen Kabelsender *VRAEM TV* in Ayacucho in Peru, verschwand am 26. Januar. Sie hatte über die an dem Tag stattfindenden Lokalwahlen berichtet. Die 21-Jährige war zuvor nicht wegen ihrer Arbeit bedroht worden. Ihr <u>letzter bekannter Aufenthaltsort</u> war eine Bushaltestelle in der Nähe der Stadt San Francisco, wo sie sich mit ihrem Freund treffen wollte. Deshalb geriet zunächst er unter Verdacht. Die Hintergründe ihres Verschwindens sind unbekannt. Die Region Ayacucho gilt als größter Kokainproduzent des Landes.

VERSCHWUNDENE MEDIENSCHAFFENDE



Ibraimo Mbaruco arbeitete als Reporter für *Rádio Comunitária de Palma*, ein Gemeinschaftsradio in Palma, einer abgelegenen Küstenstadt der Provinz Cabo Delgado in Mosambik. Er wird seit dem 7. April <u>vermisst</u>. In seiner letzten Nachricht vor seinem Verschwinden teilte er mit, er werde von »Soldaten umringt«. Seitdem gibt es kein Lebenszeichen mehr. Die Behörden schweigen und versuchen, jede Berichterstattung zu verhindern, insbesondere angesichts islamistischer Attacken, die sich immer wieder in der Region ereignen. Mosambiks Präsident kritisierte zuletzt »Desinformation« durch die Medien über die Situation vor Ort. Medienschaffende sind in höchster Sorge um Mbaruco, da die Armee schon 2019 zwei Reporter in Cabo Delgado monatelang <u>willkürlich festsetzt hatte</u>.

